

Nachrichten Wiesbaden

12.09.2017

Wiesbadener Arbeitskreis fordert städtisches Konzept für Bürgerengagement

Von Eva Bender

WIESBADEN - Es war eine ziemliche Enttäuschung für die Mitglieder des Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement, als sie im Frühjahr den ersten Blick in das Kooperationspapier des neuen Rathausbündnisses warfen. Darin sind die wichtigsten Aufgaben für die Stadt gesetzt, „das Wort ‚Ehrenamt‘ taucht dort allerdings nicht auf“, betont Karl-Heinz Simon, der im Amt für Stadtforschung arbeitet und den Arbeitskreis leitet. „Das zeigt, dass das Bürgerengagement als politisches Handlungsfeld von den Parteien noch gar nicht erkannt wurde.“

Der Arbeitskreis entscheidet sich deshalb zu einem gemeinsamen Schritt und erstellt ein „Manifest für mehr Bürgerengagement“, in dem er den Dialog sowie ein Handlungsprogramm fordert. Denn ein Konzept für das Ehrenamt könne man bisher in Politik und Stadtverwaltung nicht erkennen, so Jürgen Janovsky, Vorsitzender des Freiwilligenzentrums und einer der Arbeitskreissprecher. Anfang Mai habe man das Manifest an die Fraktionsvorsitzenden versandt und bisher wenig Rückmeldung erhalten. „Was uns enttäuscht, denn wir haben eine tolle Grundlage erarbeitet, in der Erwartung, dass die Politik den Ball aufnimmt – gerade mit Blick auf die Entwicklung der Ehrenamtszahlen.“

RUNDER TISCH UND ARBEITSKREIS

Den Wiesbadener „Runden Tisch Bürgerengagement“ gibt es seit Ende 2008. Er besteht aus mehr als 50 Organisationen, Verbänden, Initiativen, städtischen Ämtern und Bürgern, die sich zwei Mal im Jahr zum Informations- und Erfahrungsaustausch treffen.

Der Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement bildete sich 2012 aus dem Runden Tisch. Ziel der derzeit 15

Im Juli hatte die Stadt die Ergebnisse der städtischen Studie zu „Politikinteresse, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement“ veröffentlicht, deren Zahlen aus der Umfrage „Leben in Wiesbaden 2016“ stammen. Das Ergebnis ist ernüchternd: Während die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, gestiegen ist, sinkt die tatsächliche Zahl der Ehrenamtlichen.

Mitglieder ist es, das Thema Ehrenamt strategisch und mit konkreten Projekten, Aktionen und Veranstaltungen voranzubringen. Er trifft sich alle zwei Monate und sieht sich als unabhängige Interessensvertretung gegenüber Politik und Verwaltung und als Knotenpunkt zur Vernetzung des Ehrenamtes.

Das „Manifest für mehr Bürgerengagement“ wurde unterschrieben von den Sprechern des Arbeitskreises: Kris Kunst (Bürgerkolleg), Karin Falkenstein (Evim), Jürgen Janovsky (FWZ), Zsuzsanna Dobos de Prada (Migra Mundi), Uwe Waldaestel (Stadtjugendring) und Marie-Luise Stoll-Steffan (Wiesbaden Stiftung).

„Es gibt dringenden Handlungsbedarf“, fasst Simon das Ergebnis zusammen. Denn ohne Ehrenamt seien die künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie etwa der demografische Wandel, nicht zu bewältigen. „Die etablierte Politik ist weit davon entfernt, das so zu sehen. Aber irgendwann wird sie es erkennen müssen.“

Arbeitskreis erwartet rasches Handeln

Der Arbeitskreis ist sich einig, dass Politik und Stadtverwaltung nun schnell „in die Gänge“ kommen müssen. „Wir erwarten, dass ein erstes Handlungsprogramm mit Maßnahmen für 2018 schon in diesem Jahr erstellt und ein

Betrag dafür in den Doppelhaushalt eingebracht wird“, so Janovsky. „Wir dürfen keine Zeit verlieren.“ Ein langfristiges Programm könne man dann gemeinsam erarbeiten. „Das geht aber nicht ohne Kosten.“

Als die Studie vorgestellt wurde, hatte Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) auf die neue Stabsstelle für Identität, Engagement und Bürgerbeteiligung verwiesen. Er habe sie gebeten, Ideen zu entwickeln, um dem rückläufigen Trend im Ehrenamt entgegenzutreten. Er sei guter Hoffnung, schon in diesem Herbst oder Winter erste Ideen vorstellen zu können.

Die dortige Stelle, die sich mit dem Ehrenamt befassen soll, war zuletzt aber unbesetzt. Ab Oktober soll sich das ändern und der Arbeitskreis setzt seine Hoffnung in die Nachfolgerin: „Sie wird die Schnittstelle in der Verwaltung sein, benötigt aber auch einen Fördertopf, aus dem Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit bezahlt werden können“, so Simon. Und der Arbeitskreis sieht weiteren Investitionsbedarf. So wünscht er sich eine zweite Stelle in der Stabsstelle, um eine Förderberatung zu schaffen: „Denn es gibt eine Unzahl von Geldgebern für ehrenamtliche Projekte, über die niemand den gesamten Überblick hat“, so Simon.

Auch im Internet müsse das Ehrenamt in Wiesbaden beworben werden, so Janovsky. Zwar sei bereits geplant, das Thema in die Plattform „dein.wiesbaden.de“ einzubinden, die bisher für die Bürgerbeteiligung genutzt wird, „doch dafür müssen auch die notwendigen IT-Kosten eingeplant werden“.

Auch der Arbeitskreis wolle seinen Teil leisten, so Sprecherin Marie-Luise Stoll-Steffan von der Wiesbaden Stiftung. So könne man sich beispielsweise einen gemeinsamen Runden Tisch „auf Augenhöhe“ mit Politik und Verwaltung vorstellen. Der Arbeitskreis sei bereits gut vernetzt und habe großes Potenzial, das nicht wahrgenommen werde: „Mit den gleichen Ressourcen können wir mehr erreichen.“ Dafür, so Simon, „müssen Politik und Verwaltung aber uns vertrauen“.

[Noch mehr Nachrichten aus der Region lesen? Testen Sie kostenlos 14 Tage das Komplettpaket Print & Web plus!](#)